

LOKALES

Arbeit geht vor Gesundheit

Minden (mt). Jeder zehnte Beschäftigte schätzt laut einer Studie seine Gesundheit als nicht gut ein. Gegen die Folgen von Arbeitsverdichtung und Stress gehen manche Unternehmen mit einem Gesundheitsmanagement vor. **Seite 3**

WETTER



17°

6°

Wolkig

Seite 23

VERMISCHTES

Lebenslange Haft für Mord an Sohn

Lübeck (mt). Ein streng religiöser Vater ist zu lebenslanger Haft verurteilt worden, weil er seinen Sohn erstochen hat. Der 60-Jährige habe seine Machtposition erhalten wollen, so das Gericht. Er hatte seine zwölf Kinder regelmäßig geschlagen und dies mit Bibelziten begründet. **Seite 23**

QUERBEET

Immer mehr lassen sich Falten entfernen

Dresden (mt). In Deutschland lassen sich immer mehr Menschen Falten entfernen. Insgesamt nehme die Zahl der Schönheitsoperationen aber nicht zu, hieß es auf einem Kongress. **Seite 24**

REGIONALES

Erdumrundung als Liebeserklärung

Hannover (mt). In 80 Tagen hat ein Hobby-Pilot aus Hannover die Welt umrundet. Der 52 000 Kilometer lange Flug war als Liebeserklärung an seine Frau gedacht. **Seite 25**

WIRTSCHAFT

Fahrrad-Branche tritt in die Pedale

Köln (mt). Die Fahrrad-Branche tritt kräftig in die Pedale: Mit zahlreichen Neuheiten präsentiert sie sich auf der Fachmesse IFMA in Köln. **Seite 27**

SPORT

Dortmund feiert 3:0 gegen Bremen

Dortmund (mt). Borussia Dortmund hat gestern in der Fußball-Bundesliga den SV Werder Bremen in einem ruppigen Spiel überraschend deutlich mit 3:0 besiegt. Damit springt der BVB auf den zweiten Tabellenplatz. **Seite 35**

Kindertheater eine Erfolgsgeschichte

Minden (mt). Die Aufführungen der Figurentheater im Weingarten sind bei kleinen Theaterfans und ihren Eltern seit 20 Jahren der Renner. In diesem Zeitraum waren fast alle der 400 Vorstellungen ausverkauft. **Seite 31**



Herbstmarkt mit Kunstwerkstatt

Hille (mt). Der Hiller Herbstmarkt ist eröffnet. Neben Kirmes und Fahrgeschäften laden Kunstwerkstatt (Foto), Flohmarkt, Erntemarkt und Trecker-Treck zu einem Bummel über den Festplatz an der Mindener Straße ein. **Seite 17**



Gammelfleisch wird eingefärbt

Verbraucherschutzminister einigten sich

Baden-Baden (dpa). Im Kampf gegen Gammelfleisch sollen Schlachtabfälle in Deutschland künftig deutlich gekennzeichnet werden.

Die Verbraucherschutzminister von Bund und Ländern einigten sich gestern in Baden-Baden auf eine Kennzeichnungspflicht mit fluoreszierender Lebensmittelfarbe oder durch Geruchsstoffe. Sie forderten von der Bundesregierung, auf eine EU-Verordnung zu dringen. Sollte dies nicht durchsetzbar sein, sei ein nationaler Alleingang notwendig. Umwelt- und Verbraucherverbände halten die Beschlüsse nicht für ausreichend.

Die EU hatte am vergangenen Mittwoch einer möglichen Einfärbung von Schlachtabfällen von Juli 2008 an nur auf nationaler Ebene zugestimmt. „Ein wirkliches Sicherheitsnetz werden wir nur haben, wenn es europäisch ist“, sagte Bundesverbraucherminister Horst Seehofer (CSU). Der jüngste Gammelfleischskandal in Bayern mit umetikettiertem Fleisch hätte damit nicht verhindert werden können, weil ein Teil der Ware nach Belgien exportiert worden sei.

Minister auch für höhere Bußgelder

Viele EU-Länder hätten die Gammelfleisch-Debatte allerdings nicht auf ihrer Agenda. Der Bußgeldrahmen für den Handel mit ungenießbarem Fleisch soll nach dem Willen der Minister von 20 000 auf 50 000 Euro erhöht werden. Außerdem forderten sie erneut eine Meldepflicht, wenn jemandem ungenießbare Ware angeboten werde.

Die Verbraucherorganisation Foodwatch verlangte eine EU-weite Pflicht zum Einfärben. „Sonst könnte man ja Schlach-

abfälle aus Deutschland heraus-exportieren und die werden im Ausland umdeklariert“, sagte Foodwatch-Chef Thilo Bode. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) forderte, das Verbraucherinformationsgesetz zu verschärfen, nach dem bei Skandalen Namen genannt werden sollen. Der Bundesrat entscheidet in der kommenden Woche über das Gesetz.

Das Einfärben von Schlachtabfällen kann den Kampf gegen Gammelfleisch nach Ansicht der Amtstierärzte deutlich verbessern. „Wenn diese Nebenprodukte eingefärbt würden, wäre der Weg zurück zum Lebensmittel blockiert“, sagte der Präsident des Bundesverbands der beamteten Tierärzte, Heinrich Stöppler. Der Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure forderte darüber hinaus bis zu 1500 zusätzliche Kontrolleure bundesweit zu den derzeit 2500. Einen Ehrenkodex der Fleischwirtschaft schlug FDP-Verbraucherpolitiker Hans-Michael Goldmann vor. **Seite 2**



Gammelfleisch im Döner soll mit dem Einfärben von Fleisch verhindert werden. Foto: dpa



Große Badewanne ist randvoll

Goldisthal (dpa). Vermessungsingenieur Volker Poltz aus Jena erklimmt im Pumpspeicherwerk Goldisthal (Kreis Sonneberg) angeseilt die Steigung des im Volksmund als größte Badewanne Thüringens bezeichneten Oberbe-

ckens. Aufgrund von Revisionsarbeiten wurden mehrere Millionen Kubikmeter Wasser in die Talsperre nahe der kleinen Ortschaft abgelassen. Dadurch staut sich das Wasser im Unterbecken nun im Höchststand. Foto: dpa

Tauziehen um Mindestlohn bei der Post

Nach Medienbericht sagt Wirtschaftsminister Nein zu Vereinbarung

Berlin (dpa). Der Fahrplan für die Einführung eines Mindestlohns in der Postbranche scheint gefährdet. Einflussreiche Teile der Union widersetzten sich den Plänen von Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD). Dieser drückt aufs Tempo und will bereits in der kommenden Woche den

Antrag auf Aufnahme der Postdienstleister in das Entsendegesetz ins Kabinett bringen, damit der flächendeckende Branchen-Mindestlohn Anfang 2008 wirksam werden kann.

Dies hatte das Bundeskabinett im August bei seiner Klausur in Meseberg vereinbart. Bundeswirtschaftsminister Mi-

chael Glos (CSU) sprach sich gestern gegen Schnellschüsse aus. Der Schritt, einen „Quasi-Mindestlohn“ staatlich zu verordnen, müsse sehr sorgfältig überprüft werden, sagte Glos im Bundestag. Auf dem Postmarkt seien bereits positive Folgen des Wettbewerbs mit sinkenden Preisen zu spüren.

Ausbildung in Terrorcamps soll bald bestraft werden

Hessen will auch die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen wie früher wieder unter Strafe stellen

Berlin (dpa). Bund und Länder wollen bald gesetzlich gegen die Ausbildung in Terrorcamps vorgehen. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) kündigte Vorschläge zum rechtlichen Umgang mit deutschen Staatsbürgern an, die aus pakistanischen Terrorcamps in die Heimat zurückkehren.

Unionsländer unterstützen den Vorstoß Hessens, über den Bundesrat eine eigene Gesetzesinitiative einzubringen.

Zypries sagte am Donnerstagabend in der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“: „Wir werden weit vor Jahresende eine Lösung haben.“ Sie betonte aber zugleich, jede Maßnahme müsse sich an rechtsstaatlichen Prinzipien messen lassen. In den Camps gebe es auch religiöse Ausbildung. Allein die Tatsache, dass jemand in einem Camp war, reiche nicht für eine Bestrafung aus. „Wir müssen uns entscheiden, ob wir Guantánamo kritisieren wollen und hier Vergleichbares machen“, so Zypries. Hessen dringt auf eine schnelle Regelung und warf Zy-

pries vor, zu zögerlich zu handeln. „Wir dürfen nicht bis zum Ende des Jahres tatenlos zusehen, wie weiter Terroristen im Ausland ausgebildet werden, um in Deutschland Anschläge zu verüben“, sagte Justizminister Jürgen Banzer (CDU) in Wiesbaden. Nach dem Vorschlag Hessens soll die Teilnahme an Terrorcamps mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bestraft werden. Auch will Hessen die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen wie früher wieder unter Strafe stellen. Die Innenminister Niedersachsens und Bay-

erns, Uwe Schünemann (CDU) und Günther Beckstein (CSU), unterstützen die Absicht, Islamisten nach einer Ausbildung in einem Terrorcamp die Einreise nach Deutschland zu verweigern. „Der Vorstoß Hessens, Terrorcamp-Besuchern die Wiedereinreise zu verwehren, geht in die absolut richtige Richtung“, sagte Schünemann. „Ziel muss es sein, noch während des Auslandsaufenthalts die Aufenthaltserlaubnis zu entziehen und damit die Wiedereinreise zu unterbinden.“

Die Innenminister von Bund und Ländern hatten sich bei ei-

ner Sonderkonferenz grundsätzlich darauf verständigt, den Besuch von Terroristenlagern zu ahnden. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte dies bereits kurz nach seinem Amtsantritt Ende 2005 gefordert.

Schleswig-Holsteins Innenminister Ralf Stegner (SPD) warnte vor Gesetzesaktionismus. Staatsbürger der EU hätten Reisefreiheit. „Wenn also ein Brite, der in einem ausländischen Terrorcamp war, nach Großbritannien wieder zurückkehrt und von dort nach Deutschland reist, wird er bei der Einreise nicht überprüft“, sagte Stegner.

